

Die EU und die Schweiz in Europa und in der Welt – von Konrad Hummler

Was fehlt, ist ein gemeinsamer Nenner

Während der fast fünfzig Jahre des Kalten Kriegs genoss der Kleinstaat Schweiz eine vergleichsweise komfortable Sonderstellung auf dem europäischen Kontinent und in der Welt: Implizit protegiert von den USA und der Nato, konnte sie Eigenständigkeit markieren, wo es ihr zustattenkam, und Zusammenarbeitsformen (z. B. in der Efta) ohne Irreversibilität pflegen. Nach 1989 folgte in Europa eine durch die EU geprägte monistische Phase.

Ohne das Volk hinter sich zu wissen, stellten sich Regierung und Verwaltung der Schweiz auf laufend zu vertiefende Integration ein; die EU nutzte die asymmetrische Machtkonstellation zu ihren Gunsten. Skeptiker des europäischen Quasi-Nation-Building hatten einen schweren Stand. Mit den endogen verursachten Schwierigkeiten der EU - Staatsschuldenkrise, Migrationsproblematik, Wachstumsdivergenzen - und dem Schock des Brexit-Entscheidung hat sich das Blatt gewendet: Der Schweiz stehen absehbar wieder verschiedene aussenpolitische Optionen offen.

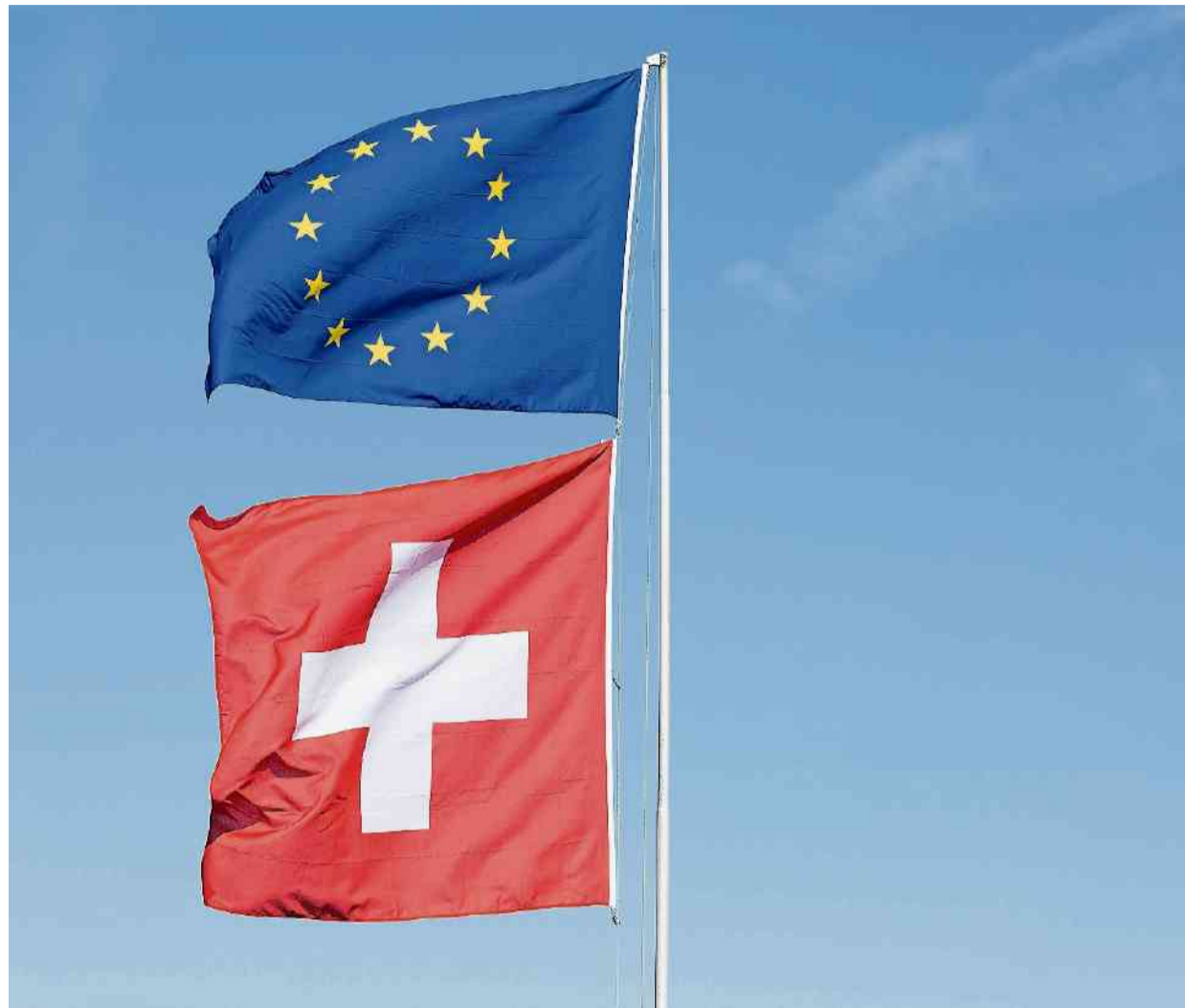
Der Lehenstaat EU

Zuckerbrot und Peitsche sind zwei bewährte Hilfsmittel in der Führung von Menschen und Nationen. Der Sanktionsmechanismus des Maastrichter Abkommens reichte als Peitsche nicht, um die Finanzdisziplin innerhalb der Eurozone aufrechtzuerhalten respektive wiederherzustellen. Die Staatsschuldenkrise offenbarte: Ohne so etwas wie eine Fiskalunion wird das nicht gehen. Auf ordentlichem Weg, d. h. über die Anpassung der EU-Verträge, ist aber eine Fiskalunion kaum zu erreichen.

Dank der Finanz- und der nachfolgenden Staatsschuldenkrise konnte die Lücke nun auf viel sanftere Art und Weise geschlossen werden: Im «Do ut des»-Verfahren wurden den Empfängerländern Finanzierungshilfe vermittelt und Finanzdisziplin verpasst. Dabei wanderte viel Macht aus den betroffenen Ländern in Richtung Brüssel. Die Peitsche hat funktioniert, die der EU innewohnende Schwäche, sich in den Mitgliedsländern durchsetzen zu können, wurde überspielt.

Mit der Investitionsinitiative EFSI folgte der zweite Akt im Aufbau einer kohärenteren Governance. Jetzt kommen die Zückerchen. Der EFSI ist so konzipiert, dass es sich lohnt, möglichst gute Beziehungen zur Zentrale zu pflegen, um in den Genuss von Risikokapital zu gelangen. Gute Beziehungen bedeuten unter anderem: Vertretungen vor Ort, um zu lobbyieren, Beherrschung der geforderten Metasprache (inklusive aller sie charakterisierenden Abkürzungen!), Verinnerlichung der geforderten politischen Korrektheit, Loyalität zum System, dem man ja letztlich die Totalgarantie verdankt. Notabene erfolgen Gesuchstellung und Finanzierung an sämtlichen bestehenden Strukturen wie Mitgliedsländern oder Regionen vorbei; daraus ergibt sich absehbar eine Machtverschiebung zum Zentrum hin.

Interessanterweise schimmert im Aufbau der EU-Governance ein Modell durch, das den alten Kontinent über lange Zeit wesentlich prägte: das Lehenswesen. Im Mittelalter waren es Könige oder Herzöge, die ihren Adligen Land zur Verfügung stellten und eine Art «Totalgarantie» für Schutz und Schirm gewährten. Als Gegenleistung waren Waffendienst, persönliche Dienstleistungen und Abgaben zu erbringen. Was immer im Reich auf untergeordneter Ebene geschah, hatte seinen obrigkeitlichen Ursprung bzw. eine entsprechende Verankerung. Auch im Reich brauchte es Zuckerbrot und Peitsche, und es gehört zur europäischen Geschichte bzw. deren Tragik, dass die Loyalität oft von beiden



Keystone

Seiten vernachlässigt, ja missbraucht wurde und dass dann und wann auch eine «Totalgarantie» in sich zusammenbrach.

Der Kapitalismus ist eine Bottom-up-Angelegenheit. Was sich in der EU immer mehr anbahnt, ist ein Top-down-Modell, ist Staatskapitalismus im Deckmantel raffinierter Finanzierungsvehikel. Über der vorhandenen, bisher noch einigermaßen föderalen Struktur von Mitgliedsländern und über den

«Was sich in der EU anbahnt, ist Staatskapitalismus im Deckmantel raffinierter Finanzierungsvehikel.»

KONRAD HUMMLER

mehr oder minder demokratischen Körperschaften von EU-Parlament, EU-Kommission und Ministerräten entfaltet sich eine neue Metastruktur, in deren Herzen die EZB die tragende Rolle spielt. Und weil die Finanzhilfen durchaus bis in die Kapillaren von kleinen und mittleren Unternehmen oder Universitäten zu wirken in der Lage sind, kann sich Brüssel letztlich der Vasallentreue gewiss sein.

Mag das Volk noch so murren, die Eliten werden alles tun, dass der Tropf, an dem man hängt, nie zum Versiegen kommt. Eine andere Frage ist selbstverständlich, inwieweit dieser sich abzeichnende technokratisch-obrigkeitliche Ansatz im grossen Mit- und Gegen-einander der Weltwirtschaft sich behaupten kann. Europa scheint sich anders als die USA zu entwickeln, gelenkter und obrigkeitlicher. Diese Denkweise ist auf dem Kontinent weit verbreitet.

Findung eines Konsenses

Was kann dies alles nun für den Kleinstaat Schweiz mitten in einem so sonderbaren Gebilde der EU bedeuten? Zurückhaltung in unnötig forschen und auf weitere Integrationsschritte ausgerichteten Aktionen muss wohl Richtschnur sein, bis - dank Brexit-Verhandlungen - die Konturen eines nächsten Europas absehbar sind. Um nicht laufend von Brüssel erpresst zu werden, ist sodann die Auffanglinie WTO/Frei-

handelsabkommen anstelle der unrealistischen Vollteilnahme am EU-Binnenmarkt zu definieren. So kann die Aufrechterhaltung des bilateralen Wegs aus pragmatischer Sicht sinnvoll sein.

Um in deutlich schwierigeren, komplexeren Zeiten als kleine Nation überleben und gedeihen zu können, bräuchte es wohl einen neu zu findenden inneren Konsens. Der Schweiz fehlt ein kleinster gemeinsamer Nenner, mit dem, von Ausnahmen zur Linken und zur Rechten abgesehen, sozusagen alle einverstanden sein könnten. Ein kleinster gemeinsamer Nenner, den zu verletzen kein Bundesrat, kein Bundesbeamter, kein Richter wagen würde. Ein kleinster gemeinsamer Nenner, von dem das Volk wüsste, dass keine doppelten Agenden ihn langsam, aber sicher erodieren lassen.

Dieser Konsens müsste zunächst einmal die Frage des Wesens der Schweiz klären. Sodann hätte er das Verhältnis zwischen Bürger und Staat anzusprechen. Soll der Bürger dem Staat dienen oder umgekehrt? Geht man von einem Individuum aus, das Eigenverantwortung tragen kann? Oder muss es bevormundet sein, weil es die Komplexität des heutigen Lebens nicht mehr zu bewältigen vermag? Was gelten im schweizerischen Staatsverständnis persönliche Integrität, Privatsphäre und privates Eigentum? Die Antwort müsste eindeutig ausfallen: Der Staat darf diese Werte nicht angreifen, sondern hat sie ohne Wenn und Aber zu schützen. Weiter müsste Einigkeit erzielt werden in Bezug auf Willkür, unscharfe Rechtsbegriffe, unübersehbare Regulierung und rückwirkende Gesetzesveränderungen.

Auch wäre das partizipative Element im schweizerischen Staatsverständnis festzuhalten. Der Milizgedanke, vor allem auf kommunaler Ebene, bewirkt ein hohes Mass an Involvement der Zivilgesellschaft in die Geschicke des Gemeinwesens. Die direkte Demokratie mag zwar den Technokraten in der Verwaltung und anderswo ein Gräuel sein, für die Schweiz ist sie wesensbestimmend. Die direkte Demokratie darf nicht erodieren oder infolge Verwässerung zur Farce verkommen. Schliesslich müsste auch Einigkeit darüber bestehen, wie gross bzw. wie ge-

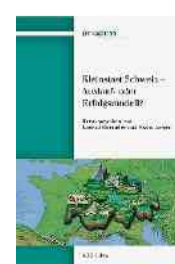
wichtig der Staat sein soll. Die Lösung müsste angesichts der hoffnungslos hohen Verschuldung der meisten westlichen Gebilde wohl heissen: stark und solide finanziert, wo dies nötig ist.

Fazit

Die Schweiz, will sie sich als ein relativ unabhängiger erfolgreicher Kleinstaat behaupten, wird sich zwischen der weiteren Anbindung an die letztlich kollektivistische, egalitäre und absehbar instabile EU und einer dezidierten Hinwendung zur Welt entscheiden müssen. Dies setzt eine Ausscheidung von Voraussetzungen, die unverrückbare Geltung behalten müssen, und jenen, die nicht sakrosankt sind, voraus.

Der innere Konsens gehört zu den notwendigen Bedingungen der Unabhängigkeit. Die teilweise Teilnahme am EU-Binnenmarkt bzw. die damit verbundene, sozusagen uneingeschränkte Akzeptanz der EU-weiten Personenfreizügigkeit, und mithin die Festsetzung des bilateralen Wegs, ist demgegenüber so wenig unverrückbar wie die Distanz oder Nähe zur Nato oder eine darüber hinausgehende aktive Teilnahme an Zusammenschlüssen in Europa und der Welt. Es gilt, Denkschemen und festgefahrene Konventionen hinter sich zu lassen, um bereit zu sein, optimal auf einen labilen Kontinent und eine vorwärtstrebende Welt mit mehr als nur einer Option, nämlich jener der zentralen und verteilten Integration, zu reagieren. Das Jahr 2016 war ein Wendepunkt: Unser Kontinent und die ganze Welt wurden interessanter. Der Umgang mit diesem neuen Aggregatzustand muss noch gelernt werden.

Der vorliegende Essay (hier publiziert in gekürzter Fassung) stammt aus dem unten genannten Buch.



Konrad Hummler, Franz Jaeger (Hrsg.)
Kleinstaat Schweiz.
NZZ Libro, Zürich 2017.
374 S.



o-ton

Was ist mit dem «Spiegel» los?

VON MATTHIAS ACKERET

Es war die letzte Rache von Helmut Kohl: Er starb an einem Freitag. Doch der «Spiegel», sein härtester publizistischer Widersacher, war längst gedruckt. Während sich die Konkurrenz am nächsten Tag in medialer Lobpreisung des «Einheitskanzlers» übertrumpfte, auf dem «Spiegel»-Titel eine laue Provokation: «Hauptstadt Hamburg». Wenige Tage später der Gegenschlag. Gorbatchow, Macron, Gabriel und Martin Walser schrieben in der neuesten Ausgabe über Kohl. Damit zeigte das Nachrichtenmagazin, was es immer noch kann. Wenn es wirklich will.

Doch immer mehr fühlt sich der Schreibende - ein jahrzehntelanger «Spiegel»-Junkie - wie ein enttäuschter Liebhaber. Hat die Monotonie der Merkel-Politik selbst den «Spiegel» eingeschlafert? Oder ist es nur die Verklärung seiner grossen Vergangenheit. Jedenfalls: Heikle Themen wie die Flüchtlinge oder die EU-Krise werden immer weniger hinterfragt, sondern erscheinen nur noch im «political correctness»-Look. Dafür ein permanentes Trump-Bashing. Als würde dieser deswegen zurücktreten. Dasselbe gilt für Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Obwohl einem permanenten «Spiegel»-Sperrfeuer ausgesetzt, ist ihr Rücktritt ähnlich wahrscheinlich wie der Wahlsieg von Martin Schulz. Das hätte es beim «Spiegel» früher nicht gegeben.

Seit Monaten versucht das Nachrichtenmagazin, Fussballgott Ronaldo nachzuweisen, dass er 950 000 Dollar Schadenersatz wegen einer Vergewaltigung bezahlen musste. Eigentlich eine Sensationsstory. Aber sie erzeugte kaum Reaktionen, worüber sich der «Spiegel» - auch ein Novum - in einem Artikel beklagte. Doch nun scheint man in Hamburg die bewährte Notbremse zu ziehen. Thema eines der letzten Sonderhefte: Hitlers Aufstieg zur Macht.

matthias.ackeret@persoenlich.com

Echo

«L'an passé, la Rega a volé 900 fois au secours des randonneurs. Soit 200 fois de plus qu'en 2015. Des chiffres dévoilés hier par la «Schweiz am Wochenende».

«Le Matin»

«Geht es nach der Swiss, sollen künftig auch Piloten über 60 im Cockpit sitzen. Die Airline will das Pensionsalter um zwei Jahre auf 62 Jahre erhöhen, wie Recherchen der «Schweiz am Wochenende» ergeben haben.»

«Blick»

«L'an passé, le PDC s'était donné pour objectif de proposer en 2017 des mesures pour lutter contre l'explosion des coûts de la santé. De fait, le groupe de travail qui planche sur la question est sur le point de remettre le fruit de ses réflexions à Berne, affirme le journal «Schweiz am Wochenende».

«20 minutes»